

energate-Umfrage

Drei Bundesländer würden Fracking genehmigen

29.07.2016 - 13:49

Steven Hanke

0



Mit dem Fracking-Gesetz dürfen die Länder wieder genehmigen. (Quelle: BGR)

Berlin (energate) - Nach dem Beschluss des Fracking-Gesetzes wollen nur wenige Bundesländer unkonventionelle Tiefbohrungen nach Gas und Öl ermöglichen. Das zeigt eine Umfrage von energate unter den 13 Flächenländern. **Niedersachsen** kündigte bereits öffentlich an, Fracking wieder genehmigen zu wollen. **Sachsen-Anhalt** macht ebenfalls Gebrauch von dem Gesetz, das den Ländern wieder die Möglichkeit von Genehmigungen eröffnet. "Für die bereits erschlossene konventionelle Erdgaslagerstätte in der Altmark soll Fracking im Sinne des Bestandsschutzes weiterhin ermöglicht werden", so ein Sprecher des Wirtschaftsministeriums. Anträge lägen aber noch nicht vor.

Die **rheinland-pfälzische Landesregierung** hat durch die Novelle des Wassergesetzes von 2015 "bereits alle Möglichkeiten genutzt, die Rahmenbedingungen für die Fracking-Technologie zu setzen", so eine Sprecherin des Wirtschaftsministeriums. Eine Zulassung sei aber nur möglich, wenn keinen Sorgen bestehen, dass das Grundwasser nachteilig verändert wird. **In Wasser- und Heilquellen-Schutzgebieten sei die Technologie verboten.** In Rheinland-Pfalz gebe es ein Potenzial an unkonventionellen Öl- und Gaslagerstätten im Nordpfälzer Bergland, allerdings seien bislang keine Bohrungen beantragt.

Noch **unentschieden zeigen sich Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern.** Die Kieler Regierung hat Fracking im Zuge der Neuaufstellung des Landesentwicklungsplans laut eines Sprechers "zunächst ausgeschlossen". Aus dem Energieministerium Mecklenburg-Vorpommerns heißt es: "Noch kennen wir den definitiven Gesetzestext nicht". Das kürzlich

vom Kabinett beschlossene Landesraumentwicklungsprogramm treffe keine Aussagen zu Fracking.

Alle anderen Länder lehnen, zum Teil trotz bedeutender Vorkommen, die Bohrmethode grundsätzlich ab. Das gilt vor allem für die durch das Gesetz ermöglichten wissenschaftlichen Testbohrungen in den besonders dichten Gesteinen wie Schiefer. Die Landesregierung Nordrhein-Westfalens etwa hat das Thema im Entwurf des Landesentwicklungsplan vom 5. Juli grundsätzlich ausgeschlossen. **Aus Baden-Württemberg heißt es, Bohr-genehmigungen seien "selbstverständlich nicht geplant"**. Ein Sprecher des bayerischen Wirtschaftsministeriums erklärte, dass "Fracking bisher nicht angewandt wurde und aus geologischen und lagerstättentechnischen Gründen **in Bayern auch nicht angewandt wird**".

Gas- und Ölvorkommen in unkonventionellem **Sand- und Karbonatgestein** existieren vor allem in **Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Rheinland-Pfalz, aber auch in Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern, Bayern, Brandenburg, Thüringen und Hamburg**, ergab eine Nachfrage bei der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe. **Schiefer-Fracking ist in neun Ländern denkbar, vor allem aber in Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen.** Bei dem Fracking-Verfahren wird das unterirdische Gestein mit Hilfe eines Chemiecocktails aufgebrochen, die Gegner fürchten eine Gefährdung des Grundwassers.

Bundestag und Bundesrat hatten das Gesetz am 8. Juli beschlossen und damit ein fünfjähriges Moratorium beendet. Bohrungen sind Ländersache, doch 2011 kündigte der Bund an, Fracking bundesweit stärker regulieren zu wollen. Seitdem hielten sich Branche und Landesbergämter freiwillig zurück in der Hoffnung auf ein wohlwollendes Gesetz. Der beschlossene Entwurf überlässt die **Regelungskompetenz für Bohrungen in Sand- und Karbonatgestein wieder den Ländern und schließt Fracking in Schiefer, Ton, Mergel und Kohleflözen bundesweit aus, abgesehen von maximal vier Forschungsbohrungen. Auch darüber entscheiden die Länder.** /sh